



Für den Vorstand der ÖGF

Präsidentin Prim.^a Univ. Prof.ⁱⁿ DDr.ⁱⁿ Barbara Maier

Wien, 12.11.2020

Stellungnahme der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung (ÖGF) zur Bürger*inneninitiative betreffend „bundesweite anonymisierte Statistik über Schwangerschaftsabbrüche und die anonyme Erforschung der Motive dafür“

Die ÖGF ist ein 1966 gegründeter, nicht gewinnorientierter gemeinnütziger Verein. Seit Einführung der Fristenlösung am 01.01.1975 wird in den Beratungsstellen der ÖGF unter anderem zur Option, eine Schwangerschaft nicht fortzusetzen, beraten. 2019 hatte die ÖGF in ihren Beratungsstellen insgesamt 18.870 Kontakte (Verhütungsberatung, Beratung bei Schwangerschaftskonflikt und Schwangerschaftsbeendigung, sexualpädagogische Workshops in Schulen).

Bundesweite anonymisierte Statistik über Schwangerschaftsabbrüche:

Beim Schwangerschaftsabbruch handelt es sich um eine privat zu finanzierende medizinische Leistung. Wie auch bei anderen Privatleistungen besteht somit keine Meldepflicht. Schätzungen gehen in Österreich von ca. [30.000 Abbrüchen](#) pro Jahr aus.¹

In anderen westeuropäischen Ländern werden die [Kosten](#)² eines Abbruchs von der Sozialversicherung übernommen, wodurch das Erstellen von Statistiken erleichtert wird.

Eine offizielle und aussagekräftige Statistik macht Sinn, um die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen messen zu können und den Umfang von Zugangsmöglichkeiten zum Abbruch österreichweit bedarfsgerecht zu ermitteln und zu verwirklichen. Sobald der Abbruch von der Sozialversicherung übernommen wird, ist eine Statistik verfügbar.

Statistiken erhöhen weder die Anzahl der ausgetragenen Schwangerschaften noch reduzieren sie die Anzahl der Abbrüche. Dies kann langfristig nur durch explizite [Präventionsmaßnahmen](#)³, wie flächendeckende sexuelle Bildung und Verhütungsversorgung, erreicht werden.

Aus diesem Grund spricht sich die ÖGF gegen eine bundesweite anonymisierte Statistik über Schwangerschaftsabbrüche aus.

Bundesweite anonymisierte Erforschung der Motive von Schwangerschaftsabbrüchen:

Die Motive der Frauen und Paare, die sich gegen die Fortführung einer Schwangerschaft entscheiden, sind bereits bekannt.

Diverse nationale Studien (1983⁴, [2001](#)⁵, [2009](#)⁶) und eine deutsche Studie ([2016](#)⁷) kommen

¹ http://abtreibung.at/wp-content/uploads/2009/04/Abbruch_in_Oe_2015.pdf

² <http://abtreibung.at/fur-ungewollt-schwangere/methoden/kosten/>

³ https://www.forschung.sexualaufklaerung.de/fileadmin/fileadmin-forschung/pdf/Frauenleben3_Langfassung_Onlineversion.compressed.pdf

⁴ Bundesministerium für Finanzen. (Hrsg.) (1983). Empirische Untersuchung der Motive zum Schwangerschaftsabbruch. Wien: Ludwig Boltzmann Institut für Geburtenregelung und Schwangerenbetreuung

⁵ <http://abtreibung.at/wp-content/uploads/2009/04/Schwangerschaftskonflikt.2001.pdf>

⁶ <https://www.univie.ac.at/oif/typo3/fileadmin/ggp-austria/familienentwicklung.pdf>



übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass vor allem partnerschafts-, berufs- und ausbildungsbezogene sowie finanzielle Motive Einfluss auf die Entscheidungsfindung nehmen. Innerhalb der deutschen Studie von 2016 werden zusätzlich junges Alter und gesundheitliche Bedenken von bestimmten Altersgruppen als Motive angeführt.

Die Forschung zeigt, dass sich die Motive von Frauen seit Jahrzehnten nicht wesentlich geändert haben. Diese Ergebnisse stimmen mit den Erfahrungen in den ÖGF-Beratungsstellen überein.

Da die Motive bereits bekannt sind, ist eine erneute Erforschung dieser nicht notwendig.

Von Frauen eine Rechtfertigung und die Preisgabe intimer, bereits bekannter Informationen zu verlangen ist unethisch. Aus diesem Grund spricht sich die ÖGF gegen eine bundesweite anonymisierte Erforschung der Motive von Schwangerschaftsabbrüchen aus.

Empfehlungen der ÖGF

1. Wenn eine Statistik über die Anzahl der durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche erwünscht wird, ist dies durch eine Kostenübernahme durch die Sozialversicherung möglich. Ansonsten spricht sich die ÖGF gegen eine Statistik aus.
2. Eine Erforschung der Motive von Schwangerschaftsabbrüchen ist nicht notwendig, da diese wie Studien belegen, bereits bekannt sind.
3. Finanzielle und zeitliche Ressourcen sollen in effektive Präventionsmaßnahmen investiert werden. Diese sind: umfassende sexuelle Bildung von Kindern und Jugendlichen (siehe WHO und [BZgA Standards](https://www.bzga-whocc.de/fileadmin/user_upload/WHO_BZgA_Standards_deutsch.pdf)⁸ sowie [Grundsatzlerlass Sexualpädagogik](https://bildung.bmbwf.gv.at/ministerium/rs/2015_11.html)⁹), kostenfreie, zielgruppenorientierte Verhütungsberatung (auch für Erwachsene auf E-Card) und [kostenfreie Verhütungsmittel](#).¹⁰

⁷ https://www.forschung.sexualaufklaerung.de/fileadmin/fileadmin-forschung/pdf/Frauenleben3_Langfassung_Onlineversion.compressed.pdf

⁸ https://www.bzga-whocc.de/fileadmin/user_upload/WHO_BZgA_Standards_deutsch.pdf

⁹ https://bildung.bmbwf.gv.at/ministerium/rs/2015_11.html

¹⁰ https://www.researchgate.net/publication/10792850_Relationships_between_Contraception_and_Abortion_A_Review_of_the_Evidence